

Handeln. Dem Klima verpflichtet.

**Beschluss des Deutschlandtages in Berlin
vom 19. - 21. Oktober 2007**

1. Herausforderung Klimawandel

Seit jeher verändert sich das Klima der Erde. Doch spätestens seit Beginn der Industrialisierung beeinflusst der Mensch die natürlichen Klimaprozesse durch sein Handeln. Die aktuellen Studien des Weltklimarates der Vereinten Nationen (IPCC) legen nahe, dass die Menschheit einen wesentlichen Anteil an den jüngsten Veränderungen des globalen Klimas trägt. In den letzten 650.000 Jahren war die Konzentration von Kohlendioxid (CO₂) in der Atmosphäre nie höher als heute. Der Weltklimarat warnt, dass sich die durchschnittliche globale Temperatur bis zum Jahr 2100 zwischen 1,8 und 4,0 Grad Celsius erhöhen könnte. Die Folgen sind zwar nicht endgültig abzuschätzen. Dennoch deutet viel darauf hin, dass mit einer Zunahme extremer Wetterereignisse, wie Stürme, ausgedehnte Trockenperioden und einem Anstieg des Meeresspiegels zu rechnen ist.

Die Junge Union Deutschlands sieht auf den Politikfeldern Klima-, Energie- und Umweltpolitik, insbesondere wegen der Langfristigkeit der klimatischen Prozesse, zentrale Gesichtspunkte der Generationengerechtigkeit berührt. Unserem christlichen Grundverständnis zufolge begreifen wir den Klima- und Umweltschutz auch als eine Verpflichtung zur Bewahrung der Schöpfung. Hier ist in den vergangenen Jahren gerade in Deutschland sehr viel geschehen. Allerdings zeigen die Prognosen des Klimarats der Vereinten Nationen, dass es keinen Stillstand bei den Bemühungen geben darf. Klimapolitik ist eine Aufgabe für die gesamte Menschheit, angefangen bei jedem Einzelnen bis hin zur Welthandelsorganisation und den Vereinten Nationen. Wir haben die Pflicht zur nachhaltigen Bewirtschaftung unserer natürlichen Ressourcen sowie zur Bewahrung der Lebensgrundlagen für nachfolgende Generationen und müssen jetzt handeln.

Für die Junge Union Deutschlands ist der durch den Menschen verursachte und global wirkende Klimawandel eine Herausforderung, die zum dringenden aber ideologiefreien Handeln zwingt. Die Chance, die Entwicklung zugunsten kommender Generationen positiv zu beeinflussen, ist vorhanden und muss genutzt werden: Die Industrienationen verfügen bereits heute über die wirtschaftlichen und technischen Möglichkeiten, um dem vom Menschen gemachten Klimawandel durch rationales, pragmatisches und langfristig orientiertes Vorgehen entgegenzutreten. Ökonomie und Ökologie sind dabei zwei Seiten einer Medaille. Erfolge in der Klimapolitik müssen nicht durch Wachstumsverzicht erreicht werden, vielmehr bietet die Weiterentwicklung des Wirtschaftssystems nach ökologischen Kriterien eine große Chance und benötigt ihrerseits wirtschaftliches Wachstum zur Verwirklichung. Investitionen in Maßnahmen gegen den Klimawandel sind volkswirtschaftlich rentabel, da die Kosten einer effektiven Klimapolitik erheblich geringer sind, als die Kosten, die im Falle des Nicht-Handelns durch den Klimawandel entstehen. Die Klimapolitik wird umso teurer, je später mit ihr begonnen wird. Ziel muss es dabei sein, das Wachstum der Wirtschaft vom Wachstum der Schadstoffemissionen zu entkoppeln.

Entscheidend wird es sein, einen Wandel der Energieversorgung einzuleiten, denn der globale Energiebedarf wird sich bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts drastisch erhöhen. Die Prognosen gehen dabei von einer Verdoppelung des Bedarfs aus. Die wachsende Weltbevölkerung und der höhere Lebensstandard führen derzeit unmittelbar zu einem weiteren Anstieg klimaschädlicher Emissionen: Jeden Tag werden weltweit zehn Millionen Tonnen Heizöl, 12,5 Millionen Tonnen Steinkohle und 7,5 Millionen Kubikmeter Erdgas verbraucht. Weltweit gibt es 800 Millionen Fahrzeuge, mit stark steigender Tendenz. Jeder Deutsche verursacht pro Jahr im Schnitt 10,2 Tonnen CO₂. Durch das konsequente Einsparen von Nutzenergie und die Effizienzsteigerung bei der Energieerzeugung wie zum Beispiel durch Kraft-Wärme-Kopplung sowie bei der Energieverwendung kann ein maßgeblicher Beitrag zur Senkung der CO₂-Emissionen geleistet werden. Zudem ist es unerlässlich, die fossilen Energieträger wie Kohle, Gas und Öl so schnell wie möglich sowohl durch zukunftssträchtige erneuerbare Energien wie Geothermie, Biomasse, Wasserkraft, Solarenergie und Windkraft als auch durch künftige Wege der Energieerzeugung wie die Kernfusion zu ersetzen. Auch die Kernenergie muss in diesem Kontext als zentraler Baustein einer langfristigen Energieversorgung erhalten und ausgebaut werden. Die Konzentration anderer klimawirksamer Gase wie Methan und verschiedene Stickstoff- und Kohlenwasserstoffverbindungen steigt ebenfalls mit wachsender Bevölkerung und größerer Wirtschaftsleistung stetig an. Diese Emissionen müssen daher ebenso in eine globale Klimastrategie einbezogen werden.

Europa als Vorreiter in der Klimapolitik verursacht insgesamt nur 14 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen. Deswegen kommt es darauf an, dass Deutschland und die Europäische Union andere Länder dazu bewegen, sich ebenfalls stärker klimapolitisch zu engagieren und die Emissionen zu verringern. Es werden in den nächsten 25 Jahren vor allem die aufstrebenden Schwellen- und Entwicklungsländer sein, die angesichts ihres Energiebedarfs zusätzliche Emissionen verursachen. Deshalb wird es nur durch den Einsatz innovativer Technik und mit einem grundlegenden Bewusstseinswandel gelingen, wirtschaftliches Wachstum und klimapolitische Zielvorstellungen miteinander in Einklang zu bringen.

Die Junge Union Deutschlands ist überzeugt, dass vor allem ein umfassend ökologischer Ansatz und eine international abgestimmte Vorgehensweise zu deutlichen und langfristig wirksamen Erfolgen in der Klimapolitik führen werden.

2. Rahmenbedingungen für eine wirksame Klimapolitik

Der wesentliche Schlüssel für eine nachhaltige und erfolgreiche Klimapolitik ist die Energiepolitik. In kaum einem anderen Feld werden Investitionsentscheidungen mit derart langfristigen und starken Auswirkungen auf das Klima und die wirtschaftliche Entwicklung getroffen. Energiepolitik wird sich daher immer im Spannungsfeld zwischen Wirtschaftlichkeit, Versorgungs-

sicherheit sowie Klima- und Umweltschutz abspielen.

Klima- und Umweltpolitik sind globale Aufgaben, die nicht allein von Deutschland und Europa gelöst werden können. Umweltbelastungen machen nicht an nationalen Grenzen halt, sondern breiten sich über Länder hinweg aus und sind im Falle des Treibhauseffektes sogar vollständig global. Deshalb können Umwelt- und Klimapolitik im internationalen Kontext am wirksamsten betrieben werden. Dazu gehören Weitsicht und Umsicht. So kann es verhängnisvoll sein, wenn international etablierte Energieträger wie Kohle oder Kernenergie übergangen und damit die Versorgungssicherheit sowie die wirtschaftliche Entwicklung von Volkswirtschaften gefährdet werden, ohne dass die erneuerbaren Energien hinreichend zur Verfügung stehen und die Versorgungssicherheit gewährleisten können. Besonders Deutschland muss als Importeur von Primärenergieträgern seine Energiepolitik sorgfältig planen und abstimmen.

3. Die aktuelle klima- und energiepolitische Debatte in Deutschland

Die derzeitige Umweltdebatte ist zu einem großen Teil von Populismus und kurzfristiger Schlagzeilenträchtigkeit geprägt. Verbotsdiskussionen dienen dem Umweltschutz ebenso wenig wie Angst- oder Panikszenerarien. Stattdessen müssen Umwelt- und Energiethemen dauerhaft auf der Agenda des politischen Handelns und Denkens stehen und im Bewusstsein der Gesellschaft verankert werden. Eine ernsthafte und sachliche Auseinandersetzung mit dieser facettenreichen Thematik ist notwendig, um das Interesse der Menschen an diesem wichtigen Politikfeld zu erhalten.

Die Junge Union ist davon überzeugt, dass nicht alles, was in Deutschland energiepolitisch diskutiert und vorgeschlagen wird, auch nachhaltig wirksam und entwicklungspolitisch richtig ist. So ist es energiepolitisch nicht verständlich, dass in Deutschland eine Laufzeitverlängerung der bestehenden Kernkraftwerke derzeit politisch nicht durchsetzbar ist. Dies ist gerade deswegen nicht nachvollziehbar, weil es sich bei der Kernenergie um eine CO₂-freie und klimaverträgliche Form der Energieversorgung handelt und die deutschen Kernkraftwerke zu den sichersten der Welt gehören. Der von der rot-grünen Bundesregierung eingeleitete Atomausstieg hat weltweit keine Nachahmer gefunden und Deutschland energiepolitisch international isoliert. Die Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke sowie deren Forschungsförderung und Neubau sind deshalb ein Gebot der Vernunft und dürfen kein Tabu mehr sein. Die Junge Union Deutschlands befürwortet den Bau neuer, umweltschonender Kernkraftwerke. Dieses Vorgehen würde den klimapolitischen Herausforderungen und der deutschen Vorreiterrolle für eine weltweite Klimapolitik gerecht. Die Spitzentechnologie deutscher Kernkraftwerke ist weltmarktführend im Hinblick auf Wirtschaftlichkeit und vor allem Sicherheit. Die eingesetzten Kontrollmechanismen warnen schon vor den geringsten Abweichungen in Systemen, die mit strahlenden Stoffen überhaupt nicht in Berührung kommen und keinerlei Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung darstellen. Dies dient uns als Garant für die Sicherheit un-

serer Kernkraftwerke und ihrer Umgebung. Einen Teil der Mehreinnahmen aus einer Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke sollten die Elektrizitätsversorgungsunternehmen zur Erfüllung einer Selbstverpflichtung in Erneuerbare Energien, Energieeffizienzmaßnahmen, den Netzausbau und die Energieforschung investieren.

4. Für eine nachhaltige und generationengerechte Klimapolitik

Die Junge Union Deutschlands fordert in allen Bereichen ein geschärftes Bewusstsein für globale ökologische Belange. Nötig sind ein grundlegender Neubeginn und die Durchführung einer schonungslosen Analyse aller bisherigen Instrumente und internationalen Verträge zum weltweiten CO₂-Ausstoß auf ihre Zielvorgaben und Ergebnisse hin. Hierzu bedarf es des Mutes, alte Konzeptionen zu verwerfen und die eingefahrenen Wege zu verlassen, die offenkundig unzureichende Resultate erbracht haben. Die Divergenz von Anspruch und Wirklichkeit der bisherigen Klimapolitik wird aus den folgenden Sachverhalten deutlich: Im Kyoto-Protokoll von 1997 wurde vereinbart, dass die teilnehmenden Industriestaaten die Emissionen von Treibhausgasen bis 2012 um fünf Prozent unter das Niveau des Jahres 1990 senken. Die Europäische Union hat zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls für alle Mitgliedstaaten verbindliche Referenzwerte für die CO₂-Reduktion sowie den Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch per Richtlinie vorgegeben. Mit dem unter deutscher Ratspräsidentschaft 2007 für den Post-Kyoto-Zeitraum vereinbarten Ziel von 20 Prozent CO₂-Reduktion sowie 20 Prozent erneuerbare Energien am Stromverbrauch jeweils bis 2020 ergeben sich neue Verpflichtungen an denen sich die nationale Politik ausrichten muss. Das IPCC und die EU halten aber darüber hinaus bis 2050 eine Reduktion der globalen Treibhausgasemissionen um 50 Prozent für notwendig, was für die EU – selbst unter Beibehaltung einer gewissen Ungleichverteilung der Emissionsrechte in der Welt – zu einem Reduktionsziel von 60 bis 80 Prozent im Jahr 2050 führen müsste. Bis zum Jahr 2004 konnten die damals 15 Mitgliedstaaten der EU, die 1997 das Kyoto-Protokoll unterzeichneten, ihre gesamten Treibhausgasemissionen (ausgedrückt in Kohlendioxidäquivalenten) einschließlich Methan und Stickstoffverbindungen im Vergleich zu 1990 nur um rund zwei Prozent senken. Die CO₂-Emissionen selbst stiegen seit 1990 sogar um vier Prozent.

Die Junge Union spricht sich dafür aus, weltweit die Möglichkeiten der Energieeinsparung und Energieeffizienz auszuschöpfen. Um zukünftig alle Nationen in die gemeinsamen Anstrengungen eines globalen Umwelt- und Naturschutzes einzubeziehen, müssen übereinstimmend Instrumente gefunden werden, die wirken und auf eine allgemeine Akzeptanz treffen. Dabei muss Deutschland ein weltweiter Impulsgeber in der Klimapolitik bleiben. Unsere Innovationskraft und Technologieführerschaft, beispielsweise im Bereich der erneuerbaren Energien, ist weiter auszubauen. Der Markt für regenerative Energien und Umweltschutztechnologien wird der Markt der Zukunft sein. Diese Chance gilt es für Deutschland zu nutzen. So brauchen

wir mehr Ausgaben für Forschung und Entwicklung, mehr entsprechende Studien- und Ausbildungsgänge sowie geeignete Marktanreizprogramme.

Gerade Deutschland verfügt über einen sehr innovativen und breit gefächerten Mittelstand, der in der Energietechnik, vor allem bei der technologischen Weiterentwicklung der erneuerbaren Energieträger, schon heute weltweit führend ist. Die kleinen und mittelständischen Unternehmen auf diesem Gebiet, die in den vergangenen Jahren in erheblichem Umfang innovative und zukunftssichere, wenn auch hoch subventionierte Arbeitsplätze geschaffen haben, können insbesondere dann weiter wachsen, wenn die Rahmenbedingungen verlässlich sind. Es ist deswegen Aufgabe der Politik, sich dauerhaft klar zu dieser Zukunftsbranche zu bekennen und den Ausbau der erneuerbaren Energien zu forcieren. Der Standort Deutschland profitiert schon heute vom Technologietransfer und Export marktreifer und hochwertiger ökologischer Produkte. Diese positive Entwicklung gilt es zu stärken und voranzutreiben.

Mittlerweile unternehmen auch die aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens sowie die Vereinigten Staaten größere Anstrengungen zum Umweltschutz. Da die globalen Maßnahmen zum Klimaschutz jedoch bei weitem noch nicht ausreichen, ist es für die Junge Union weiterhin wichtig, dass für die Akzeptanz und die nachhaltige Stärkung internationaler Klimapolitik intensiver geworben wird, ohne Abwehrreaktionen oder sogar tiefe Ablehnung bei den Adressaten zu erzeugen. Mit Best-Practice-Ansätzen und Zielvereinbarungen kann den einzelnen Ländern ermöglicht werden, die klimapolitischen Zielvorstellungen auf verschiedenen Wegen zu erreichen.

In den Entwicklungsländern führen die globale Energiepolitik und das weltweite Energiepreinsniveau häufig dazu, dass die gesamte Entwicklungshilfe und ein beträchtlicher Teil des Bruttoinlandsprodukts für den Import von Energieträgern aufgewendet werden müssen. Eine nachhaltige internationale Energie- und Entwicklungshilfepolitik darf deshalb nicht die Möglichkeiten der ökonomischen Entwicklung dieser Länder blockieren. Denn besonders in den stark wachsenden Volkswirtschaften wird die Maxime des reinen Energiesparens kaum auf breite Akzeptanz treffen. Realistischerweise ist davon auszugehen, dass der Energieverbrauch gerade in diesen Ländern weiter steigen wird.

Ein Instrument zur Sicherstellung dieses wachsenden Energiebedarfs müssen dabei auch in Schwellen- und Entwicklungsländern der verstärkte Einsatz der erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz durch den Einsatz von Best-Practice-Technologien sein. Noch stärker als in den entwickelten Ländern trifft bei diesen zu, dass ein steigender Energiebedarf und wachsende Energiemärkte gute Entwicklungsperspektiven für regenerative Energieträger bieten. Mit ihnen ließe sich auch die Importabhängigkeit von Energieträgern verringern, die sonst für viele Länder unweigerlich Folge ihres steigenden Energiebedarfs wäre. Über die Entwicklungshilfe müssen dabei nach Auffassung der Jungen Union Deutschlands Instrumente geschaffen werden, die Investitionsanreize in erneuerbare Energien zum Ziel haben. Dies ist

auch eine Möglichkeit für deutsche Unternehmen, ihre Technologie zu exportieren.

Die Junge Union Deutschlands ist angesichts steigender Energiepreise und wachsender Volkswirtschaften jedoch wegen des größer werdenden Markts für die erneuerbaren Energien optimistisch, dass eine Energiewende eingeleitet werden kann. Dies muss aber durch Anreize, nicht mit Verboten geschehen. Gerade die Schwellen- und Entwicklungsländer, in denen die Bedingungen für den Einsatz erneuerbarer Energien – etwa Sonnenkollektoren oder großflächiger Biomasseanbau – oft besser als beispielsweise in Europa sind, können diesen neuen Techniken zu einem wirklichen Durchbruch verhelfen. Energiesparen ist ein wichtiger Bestandteil der Klimapolitik. Eine einseitig darauf ausgerichtete Politik würde jedoch in eine Sackgasse führen. Weder kann damit den langfristigen Erfordernissen einer Reduktion von CO₂-Emissionen hinreichend entsprochen werden, noch würde ein perspektivisch stagnierender oder schrumpfender Energiemarkt Anreize für Risikoinvestitionen in innovative Energiesysteme bieten.

5. Forderungen der Jungen Union an eine nachhaltige Klimapolitik

5.1 Querschnittforderungen

Es ist aus Sicht der Jungen Union unumgänglich, für Deutschland einen nationalen Energieplan zu entwickeln. Eine nachhaltige Klimapolitik muss von allen Beteiligten getragen werden. Die Verantwortung für unser Klima zieht sich vom Einzelnen über die Kommune, das Land, den Bund und die Europäische Union bis hin zu internationalen Organisationen. Da die bisherige energiepolitische Kompetenzersplitterung häufig zu Streitigkeiten und halbfertigen Lösungen geführt hat, muss auf Bundesebene die Verantwortung für diesen Bereich in einem einzigen Ministerium gebündelt werden. Dieses hätte die Aufgabe, sowohl den Energiemix anhand der Kriterien Umweltverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit zu optimieren, als auch Anreizsysteme für klimafreundliche Technologien zu entwickeln. Dabei ist es für die Junge Union eine Selbstverständlichkeit, die erneuerbaren Energien und andere innovative Energieträger möglichst rasch einen immer breiteren und konkurrenzfähigen Anteil am Energiemix einnehmen zu lassen. In möglichst naher Zukunft sollen sie – ihren technischen Eigenschaften entsprechend – den Hauptteil der Energieversorgung in Deutschland tragen, um die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu minimieren und am besten ganz zu beseitigen.

Jede neue Form der Energieerzeugung benötigt bis zu ihrer vollen Einsatzfähigkeit Zeit. Staatliche Instrumente können helfen, die Entwicklung dieser Systeme zu beschleunigen. Deshalb bekennt sich die Junge Union Deutschlands zu Forschungsförderung, Anschubfinanzierungen und Anreizsystemen. Allerdings müssen diese Beihilfen an klare Zeit- und Zielvorgaben gekoppelt sein, um keine Dauersubventionsbestände zu schaffen.

Der öffentlichen Hand kommt in der Klimapolitik und bei der Energieeffizienz eine besondere

Verantwortung zu. Nicht nur als Entscheidungsträger bei der Festsetzung der energiepolitischen Rahmenbedingungen, sondern auch in ihrer Funktion als Eigentümer bzw. Betreiber einer Vielzahl von öffentlichen Gebäuden und Liegenschaften sowie als Anteilseigner an Energie-, Wohnungsbau- und Verkehrsunternehmen. Käme es in diesen Bereichen zu Verhaltensänderungen und zusätzlichen Investitionen in eine gesteigerte Energieeffizienz, hätte dies konkrete positive Auswirkungen. Beispiele dafür können die Umstellung bei der Wärmeerzeugung oder beim Strombezug auf Energieträger mit günstiger CO₂-Bilanz, die konsequent ökologische Ausrichtung und Ausweisung kommunaler Neubauten und Sanierungsvorhaben, die Umweltverträglichkeitsprüfung bei der Neubeschaffung von Fahrzeugen oder auch eine effizientere Straßenbeleuchtung sein. Da die hierfür notwendigen Investitionsmittel nur in viel zu geringem Maße über die öffentlichen Haushalte bereit gestellt werden können, sollten Bund, Länder und Kommunen zukünftig die Möglichkeiten sehr viel stärker nutzen, die öffentlich-private Partnerschaften in diesen Bereichen (z. B. Energie-Contracting-Modelle) bieten. Die JU begrüßt daher den Investitionspakt Bund-Länder-Kommunen und die damit erfolgende Bereitstellung von Mitteln für die energetische Gebäudesanierung im Bundeshaushalt 2008 und fordert eine Verstetigung dieser Bemühungen. Zusätzlich müssen die Anliegen der Klimapolitik stärker in die schulische und berufliche Praxis aufgenommen werden, um hier das Bewusstsein des Einzelnen für klimapolitische Anstrengungen zu schärfen.

Ein Schwerpunkt der Bemühungen muss es sein, mit immer weniger Primärenergieeinsatz den Energiebedarf decken zu können. Hier liegen in Deutschland große Potenziale brach. Deshalb ist die Energieberatung zu stärken, um Menschen ökologische Zusammenhänge zu verdeutlichen und den effizienten Umgang mit Ressourcen nahe zu bringen. Dieses Vorgehen entspricht zudem dem Subsidiaritätsprinzip, da es die jeweiligen Bedürfnisse und Notwendigkeiten des Einzelnen beachtet und nicht autoritär und zentralistisch in die Angelegenheiten der Bürger einzugreifen versucht. Den Menschen muss jedoch die Kompetenz für entsprechendes Handeln vermittelt werden. Hier spielt die Umweltbildung eine zentrale Rolle. Sie ist deshalb der Schlüssel für eine stärkere Verankerung des Problems im Bewusstsein der Gesellschaft. Wo nötig fordert die Junge Union Gesetze, die wirtschaftliche Anreize zu umweltbewusstem Handeln fördern und die Umsetzung des heute bereits technisch machbaren fordern, wie zum Beispiel einen stromverbrauchsfreien Ruhezustand bei elektronischen Neugeräten.

Ein zentrales Element bei der Senkung des Energieverbrauchs ist die Effizienz. Die Junge Union fordert deshalb, die Skala der Energieeffizienzklassen auf alle energieverbrauchenden Geräte wie beispielsweise Elektrogeräte, Fortbewegungsmittel o. ä. auszudehnen und im Bereich der besonders energiesparenden Geräte zu erweitern. Die EU sowie die Industrie sind gefordert, die Kennzeichnung verständlicher zu gestalten und mit einer vernünftigen Informationskampagne die langfristigen finanziellen Vorteile beim Kauf solcher Geräte darzulegen.

Es gilt bei allen Akteuren die Kompetenz in Energiefragen zu steigern. Dabei helfen positive Anreize jedoch stärker als staatliche Regulierungswut und Verbotspolitik. Der Handel mit CO₂-

Zertifikaten ist ein marktwirtschaftliches Instrument zur Reduktion der globalen CO₂-Emissionen. Um das Potenzial des Emissionshandels besser als bisher auszuschöpfen, sollte künftig auf den Verkauf der Zertifikate und die spätere freie Preisbildung gesetzt werden statt auf deren kostenlose Zuteilung. Die JU unterstützt daher den ersten Schritt der Bundesregierung die kostenlose Zertifikatvergabe an Energiekonzerne zu beenden. Mit der Verwirklichung eines solchen „echten“ Emissionshandels könnten für die einbezogenen Sektoren auch die anderen Steuerungsinstrumente wie die Ökosteuer entfallen. Zudem müssen weitere Sektoren in den Zertifikatehandel einbezogen werden.

5.2 Umweltaußenpolitik

Eine wirksame Klimapolitik kann nur auf europäischer und internationaler Ebene verwirklicht werden. Allein das Wachstum der Weltbevölkerung – insbesondere in den Entwicklungs- und Schwellenländern – wird unweigerlich zu einem weiteren Anstieg der globalen Treibhausgasemissionen führen, wenn nicht unmittelbar vor Ort gegengesteuert wird. Deshalb wird der Erfolg jeder Klimapolitik entscheidend davon abhängen, wie es gelingt, die Schwellen- und Entwicklungsländer in das System der weltweiten Reduktion von Treibhausgasen einzubeziehen. Die besondere Schwierigkeit liegt hierbei in einer klugen Abwägung zwischen den berechtigten Wachstumszielen und der Einsicht in diesen Ländern, dass eine Störung des Weltklimasystems gerade ihre Entwicklung nachhaltig schädigen könnte. Es müssen internationale Instrumentarien entwickelt werden, um alle Politikfelder, die einen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leisten können, miteinander zu verzahnen. Bei der Entwicklung von urbanen Räumen in der Welt muss die effiziente Energieversorgung zu einem zentralen Kriterium werden. Die Industrieländer, insbesondere Deutschland, müssen dabei Vorbildfunktion übernehmen. Eine Möglichkeit in Schwellen- und Entwicklungsländern höhere Umweltstandards zu implementieren, ist das Verfahren der „Joint Implementation“. Dieser Strategie liegt die Annahme zu Grunde, dass in verschiedenen Staaten unterschiedlich hohe Kosten für die (weitere) Vermeidung von Emissionen auftreten. Aufgrund dessen sollte es Firmen aus Ländern mit einem bereits hohen Umweltstandard erlaubt werden, zur Vermeidung von CO₂ Maßnahmen in Staaten mit geringeren Kosten durchzuführen, um ihre Umweltbilanzen zu verbessern. Durch diese unmittelbare und projektbezogene Förderung ließe sich das Problem der Korruption bei der direkten Zahlung von Entwicklungshilfe an gewisse Staaten lösen. Die flexiblen Instrumente des Kyoto-Protokolls, Clean Development Mechanism (CDM) und Joint Implementation (JI), stellen einen wirkungsvollen Ansatz dar, klimapolitische Ziele auch wirtschaftlich zu erreichen und die deutsche Innovationsfähigkeit zu unterstreichen. Internationale (Klima-) Abkommen müssen von allen, von der Industrie, den Entwicklungs- und ebenso den Schwellenländern akzeptiert und verbindlich umgesetzt werden. Zu diesem Zweck müssen künftig Sanktionsmechanismen wie beispielsweise Handelsbeschränkungen im Falle von Vertragsabweichungen eingebaut werden. Aber auch der Welthandelsorganisation sollte eine

gewichtige Rolle zukommen, in dem sie zusätzliche Handelsliberalisierungen an die Einhaltung festgelegter Umweltstandards knüpft, um Entwicklungs- und Schwellenländern früh die Bedeutung einer intakten Umwelt für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu verdeutlichen.

Die Junge Union fordert, dass bei allen Maßnahmen der deutschen Entwicklungspolitik geprüft wird, ob bei den geförderten Projekten Umwelt- und Klimaschutzstandards eingehalten werden. Hierbei gilt es auf die Verwendung von hocheffizienter deutscher Energie- und Umwelttechnik hinzuwirken, damit sich Exportchancen für deutsche Unternehmen ergeben. Vor allem müssen jedoch die Schwellen- und Entwicklungsländer erkennen, dass Klimapolitik in ihrem ureigensten Interesse ist und Tatenlosigkeit zu einem ernsthaften Entwicklungshemmnis werden könnte. Ferner fordert die Junge Union einen wirksameren europaweiten sowie einen globalen Emissionshandel, da nationale Lösungen einer internationalen Emissionsproblematik nicht gerecht werden können.

Bei einer partnerschaftlichen Arbeit im Rahmen der Entwicklungshilfe, die immer mit der Verpflichtung zur Schaffung und Nutzung von regenerativen Energien verknüpft sein muss, lassen sich auch gerade Staaten des afrikanischen Kontinentes zu möglichen Energieexporteuren entwickeln. Da für uns Entwicklungshilfe immer eine Hilfe zur Selbsthilfe ist, bietet es sich in den Anrainerstaaten Europas – insbesondere im Maghreb – an, die Erzeugung von Strom aus Solarenergie zu forcieren. Wenn die jeweiligen Länder auf dem Gebiet der Energie zu Exportländern werden können, ergibt sich bei Weiterentwicklung der Stromtransporttechnologien sogar ein doppelter Nutzen für die Europäische Union als Abnehmer von auf diesem Wege produziertem Strom.

Die Junge Union fordert von der Bundesregierung und der Europäischen Kommission bei Ihren Entwicklungshilfeprojekten auch die Nutzungsmöglichkeiten von Methanhydratvorkommen umfassend einzubeziehen. Methangas in den Kontinentalschelfbereichen der Weltmeere stellt gleichzeitig eine Chance zur Energienutzung dar, birgt aber auch eine Gefahr für weitere Treibhausgasbelastungen unter der Bedingung steigender Temperaturen auf der Welt. Daher ist hier besonderes Augenmerk geboten.

5.3 Maßnahmen nach Sektoren

Klimapolitik ist wegen der globalen Zusammenhänge eine komplexe Aufgabe. Mit der Bündelung einzelner, auch kleinteiliger Maßnahmen in verschiedenen Bereichen wie Landwirtschaft und Verkehr lassen sich positive Effekte erzielen. Zugleich sind beim differenzierten Einsatz der jeweiligen Energieträger die Anforderungen Verfügbarkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit, aber auch die Verringerung von Importabhängigkeiten zu beachten. Schon heute sind jedoch die technischen Voraussetzungen für eine nachhaltige Klimapolitik gegeben.

5.3.1 Stromversorgung

Eine funktionierende Volkswirtschaft ist unmittelbar auf eine stabile und effiziente Stromversorgung angewiesen. Versorgungssicherheit setzt zuverlässige Energiequellen und ein störungssicheres Stromnetz voraus. Hinsichtlich der Energiequellen ist auf eine weitestgehende Importunabhängigkeit zu achten. Versorgungssicherheit entbindet jedoch nicht vom Stromsparen. Jeder Privatverbraucher kann etwa durch die Vermeidung der Nutzung von „Stand-by“-Schaltungen sowie durch den Kauf effizienter Haushaltsgeräte, soweit dies in den finanziellen Möglichkeiten des Konsumenten liegt, den Energieeinsatz reduzieren. In globaler Hinsicht kann die europäische Spitzentechnologie zu einem geringeren Stromverbrauch beitragen.

Für die Versorgungssicherheit sind die Investitionen in effiziente und sichere Übertragungsleitungen, die Verwirklichung „intelligenter“ Stromnetze sowie der Netzausbau zur effizienten Verteilung – vor allem des aus regenerativen Quellen wie Wind- und Sonnenenergie, Erdwärme oder Biomasse erzeugten Stroms – entscheidende Faktoren. Um eine möglichst klimaschonende Energieversorgung zu gewährleisten und die Importabhängigkeit zu verringern, ist die Förderung regenerativer Energien weiter notwendig.

Der Ausbau der Windenergie muss immer auch unter Beachtung der Belastung der Bevölkerung erfolgen. Die Junge Union befürwortet die Einrichtung von Offshore-Windparks und auch weiterer inländischer Windparks, aber stets unter Berücksichtigung der Folgen für die Natur, insbesondere für die Vogelwelt sowie die Lebensqualität der Bevölkerung. Energieerzeugung durch Wind, erkaufte durch unverhältnismäßige Belastungen der Menschen, lehnen wir ab.

Gerade die Geothermie sollte in Zukunft eine wichtigere Rolle spielen, weil sie breit und stetig verfügbar – damit also grundlastfähig – ist sowie ein großes Ausbaupotenzial bietet. Als dezentrale Energiequelle, die Energie jahres- und tageszeitenunabhängig liefert, eröffnet die Erdwärme viele Anwendungsoptionen. Im Sachstandsbericht „Möglichkeiten geothermischer Stromerzeugung in Deutschland“ des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages wurde im Februar 2003 festgestellt, dass das technische Gesamtpotenzial zur geothermischen Stromerzeugung bei rund 1.200 Exajoule (etwa 300.000 TWh) liegt. Damit könnte der aktuelle Jahresstrombedarf in Deutschland zu etwa 50 Prozent dauerhaft gedeckt werden. Für eine objektive Diskussion ist ein Wirtschaftlichkeitsvergleich zwischen den regenerativen Energieträgern notwendig, welcher heutige sowie zukünftige Kosten einschließt.

Es darf dabei nicht vergessen werden, dass elektrischer Strom als hochwertige Endenergieform in den komplex vernetzten Wirtschaftssystemen der entwickelten Staaten in weiterhin wachsender Menge benötigt werden wird. Die Prognosen der Europäischen Kommission gehen davon aus, dass sich der Stromverbrauch in der EU von 2000 bis 2030 um 51 Prozent erhöhen wird. Auch für Deutschland wird ein Anstieg um 25 Prozent erwartet. Dies schafft langfristige Versorgungsnotwendigkeiten und auch Marktpotenziale. Unter dem Aspekt nachhaltiger Kli-

mapolitik muss offen darüber diskutiert werden, wie die Stromversorgung in der Zukunft gewährleistet werden soll.

In der benötigten Menge und Verfügbarkeit bieten sich mit heute existierender Technik drei Wege an: Weitgehend klimaneutral ließe sich eine sichere und wirtschaftliche Versorgung durch einen höheren Anteil der erneuerbaren Energien sowie der Kernenergie erreichen. Bei allen bekannten Vor- und Nachteilen der Kernenergie ergäbe sich – über die bestehende Vermeidung von CO₂-Emissionen im deutschen Energiemix hinaus – durch einen weiteren Ausbau ein maximales Potenzial an CO₂-Reduzierung von rund 20 Prozent bezogen auf die deutschen Gesamtemissionen. Global ist im Übrigen klar ein Trend zum Ausbau der Kernenergie erkennbar. Die Frage ist daher letztlich nur, ob Strom aus Kernkraft, welcher in Deutschland unumgänglich verbraucht wird, auch in Deutschland oder nur in anderen Ländern produziert wird.

Eine weitere CO₂-arme und vom technischen und ökonomischen Standpunkt wahrscheinlich zweckmäßige Option ist die Verwirklichung eines großen euro-mediterranen Energieverbundes auf der Grundlage der Stromerzeugung durch Solarthermie. Im Rahmen der Initiative TREC (Trans-Mediterranean Renewable Energy Cooperation) wurde hierfür ein konkretes Konzept erarbeitet, bei dem vorgesehen ist, mit Solarthermieanlagen in der Sahara, Biomassenutzung in Europa und Windkraftanlagen in den Passatwindregionen der afrikanischen Atlantikküste große Teile des Strombedarfs des euro-mediterranen Raums sowie weiter Teile Afrikas und des Mittleren Ostens zu decken. Für Nord- und Mitteleuropa birgt auch die Windkraft in Form von Off-Shore-Anlagen großes Potenzial.

Im Bereich der Stromversorgung durch Kohle könnte die Abscheidung (Sequestrierung) des CO₂ einen Beitrag zur Reduktion der weltweiten Treibhausgasemissionen leisten und die weltweit reichlich vorhandene Kohle zu einem Energieträger der Zukunft machen. Ob sich diese Technologien und Verfahren künftig verbreiten und etablieren werden, ist aber wesentlich von ihrer Wirtschaftlichkeit und langfristigen Umweltverträglichkeit abhängig. Die Forschungsansätze der deutschen Energieversorger mit dem Ziel eines CO₂-freien Kohlekraftwerkes sind derzeit noch nicht marktreif. Eine CO₂-Sequestrierung wird nur dann eine Marktchance haben, wenn die Effizienzverluste durch die Abscheidung des Kohlendioxids unter 20 Prozent liegen und die Zusatzkosten für Abtrennung, Transport und Lagerung des CO₂ nicht größer als 20 bis 25 Prozent sind. Vor dem Hintergrund der mit der Sequestrierung einhergehenden Probleme, wie der Einlagerung von Millionen Tonnen CO₂, kann es sich hierbei jedoch nur um einen kurz- bis mittelfristigen Teillösungsansatz handeln. Wir fordern für die konventionellen Energieträger, die uns noch lange Jahre begleiten werden, Maßnahmen zur Effizienzsteigerung und Abgasreinigung bei Verbrennungsvorgängen, um die Umweltbelastungen weiter zu senken. So könnte der Emissionsrechtehandel in Deutschland unter wettbewerbsrechtlichen Gesichtspunkten so gestaltet werden, dass er unmittelbar Anreize schafft, neue Forschungsergebnisse bei der Abgasreinigung in der Praxis umzusetzen.

5.3.2 Wärmeversorgung

Da rund 70 Prozent des Energieverbrauchs in Privathaushalten auf die Wärmeerzeugung entfallen, ergeben sich hier Chancen, Energie effizienter zu nutzen und einen Großteil des bisherigen Aufwandes einzusparen. Daher spricht sich die Junge Union dafür aus, positive Anreize für die energieeffiziente Renovierung bestehender Gebäude sowie den Bau von Niedrig-Energie-Häusern anzubieten. Wir fordern die Umsetzung eines Wärmegesetzes, das für alle neuen Gebäude eine Pflicht vorsieht, die Wärme für Heizung und Warmwasser mindestens zu 20 Prozent aus erneuerbaren Energien zu erzeugen. Dieser Anteil soll in mehreren Schritten auf 50 Prozent gesteigert werden. Die Pflicht, erneuerbare Energien einzusetzen, sollte auch für Gebäude im Bestand gelten, bei denen im Rahmen einer grundlegenden Sanierung die Heizung ausgetauscht wird. Die Pflicht kann ersatzweise dadurch erfüllt werden, dass der Standard der Energieeinsparverordnung um mindestens 30 Prozent unterschritten oder das Haus an ein Wärmenetz angeschlossen wird. Die Kosten-Nutzen-Relation darf auch hier nicht außer acht bleiben. Die Anreizförderung soll nur sinnvolle Investitionen, keine unrentablen Maßnahmen auslösen. Daher wird der Anreiz zur energetischen Gebäudesanierung durch Einführung des Energiepasses und der damit verbundenen Transparenz begrüßt. Wo immer sie sinnvoll sind, müssen zur Wärmegewinnung neue Energieformen wie Geo- oder Solarthermie, der örtliche Einsatz von Biomasse oder die Installation von Wärmepumpen sowie Systeme zur Nutzung der Abwärme (kontrollierte Wohnraumbelüftung) gefördert werden. Bei vielen Gebäuden sind ergänzende Solarthermieanlagen leicht nachzurüsten und schon heute rentabel. Die bestehenden Förderinstrumente aus dem Marktanzreizprogramm und dem CO₂-Gebäudesanierungsprogramm sollten in einem integrierten Wärmekonzept aufrecht erhalten, zusammengefasst und verstetigt werden.

Ebenso muss die in Biomasseanlagen sowie bei der Energienutzung in Kraftwerken oder Industrieanlagen als Nebenprodukt anfallende Wärme stärker genutzt werden. Noch entweicht diese viel zu häufig ohne Verwendung in die Atmosphäre. Durch die bisher ungenutzte Abwärme kann besonders in Ballungsräumen eine weitere deutliche CO₂-Einsparung erreicht werden. Aber auch für den ländlichen Raum kann die Abwärmennutzung aus dem Betrieb zahlreicher Biomasseanlagen eine sinnvolle Option sein.

Der weitere Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und der Einstieg in die Kraft-Wärme-Kälte-Kopplung ist in Deutschland und anderen Ländern ein technisch problemloser Beitrag zur Emissionsreduzierung, der auch unmittelbar rentabel ist. Die Förderung durch das KWK-Gesetz ist sinnvoll und soll dort weiter ausgebaut werden, wo sich genügend Abnehmer für die Wärme finden.

5.3.3 Verkehr

Im Verkehrssektor bestehen ebenfalls große Potenziale, die Abläufe effizienter zu gestalten, ohne die individuelle Mobilität als Bestandteil unserer Demokratie und unseres Wirtschafts-

systems durch Verbote weiter einzuschränken. Im Bereich des Individualverkehrs sehen wir weitere Potentiale in einem effektiven Verkehrsmanagement. Ein generelles Tempolimit auf Autobahnen lehnt die Junge Union ab. Die Junge Union begrüßt Projekte, die den Verkehrsfluss beschleunigen und Staus und Verkehrsstockungen auf ein Minimum reduzieren. Eine flächendeckende Verkehrsoptimierung durch Telematik ist ein wichtiger Faktor zur Schonung von Ressourcen und zur Verringerung der CO₂-Emissionen. Priorität haben dabei Verkehrssteuerungssysteme die für fließenden Verkehr sowie die Auflösung von Stauschwerpunkten zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes sorgen. Der Bereich der Telematik und die zukünftigen Möglichkeiten in Folge der Ergebnisse der SIM TD (Sichere und Intelligente Mobilität Testfeld Deutschland) stellen ungeahnte Möglichkeiten dar. Unter den Aspekten des Klimaschutzes und auch der Arbeitsplätze in Deutschland werden sich hier Win-Win-Situationen ergeben. Die verschwendete Energie bei Verkehrsstaus von Autos, LKWs und Bussen benötigt in Deutschland nach vorsichtigen Schätzungen mindestens 2 Milliarden Liter Kraftstoff. Welche Schäden weltweit durch Staus beim Individualverkehr entstehen kann man sich leicht vorstellen. Jeder verhinderte Stau durch die Nutzung von SIM TD, Car-to-Car-Communication und direkte Kommunikation von Verkehrsleit- und Überwachungszentralen mit einzelnen Automobilen muss erforscht und die gewonnenen Erkenntnisse zur weiteren Verfeinerung genutzt werden. Wir fordern, die Einnahmen aus der LKW-Maut auch zur Reduzierung von umweltbezogenen Lasten, wie beispielsweise Lärm, zu verwenden.

Bei Kraftstoffen (Benzin, Kerosin etc.) kann die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern durch die vermehrte Beimischung von Biokraftstoffanteilen der zweiten Generation reduziert werden. Die Junge Union setzt sich für die weitere Entwicklung der Wasserstofftechnologie ein: Die Entwicklung grüner Motoren ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Wir wollen der Wasserstoff- wie auch der Hybridtechnologie im Automobilbereich zum Durchbruch verhelfen. Ein wichtiger Schritt dabei wird zum Beispiel der Aufbau eines flächendeckenden Wasserstoff-Tankstellennetzes sein. Denn nur, wenn die Nutzer die Chance haben, im ganzen Land den Treibstoff zu erhalten, wird sich diese Technik durchsetzen. Um Anreize für klimaschonendes Fahrverhalten zu schaffen, spricht sich die Junge Union für die Abschaffung der Kfz-Steuer zugunsten nutzungsabhängiger Abgaben aus. Eine Einbindung des Flugverkehrs in einen globalen Handel mit CO₂-Emissionszertifikaten könnte mit einem marktwirtschaftlichen Instrumentarium zusätzliche Anreize für den Einsatz sparsamer Flugzeuge schaffen, ohne dass eine Kerosinsteuer benötigt würde. Die JU-Deutschlands fordert die Kennzeichnungspflicht möglichst vieler Dienstleistungen und Produkte insbesondere von Verkehrsdienstleistungen durch den Ausweis der CO₂-Belastung pro Kilometer (bei Beförderungsleistung) und der CO₂-Belastung pro Produkt.

Die Junge Union fordert den konsequenten Einsatz zukunftsweisender Verkehrstechnologien. Vor allem der Transrapid muss auf wirtschaftlich sinnvollen Strecken gefördert werden, da sich durch diesen im Mittelstreckenbereich zwischen den Ballungsräumen viele Flüge und Kfz-

Fahrten vermeiden lassen. Darüber hinaus setzen wir uns für die Erhaltung und – wo erforderlich – für den Ausbau des schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs im ländlichen Raum ein, um eine Verlagerung des Verkehrs auf die Straße zu verhindern und um die Attraktivität des schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs zu steigern. Im ÖPNV und nationalen Schienenverkehr fordert die JU eine Befreiung des Kraftstoffes von Steuern. Im schienengebundenen Bahnverkehr tritt die Junge Union darüber hinaus für umfassenden Wettbewerb auf der Angebotsseite ein. Die Deutsche Bahn AG sollte künftig nur einer unter mehreren Anbietern sein und das Schienennetz von privaten Unternehmen unter Aufsicht einer staatlichen Netzagentur betrieben werden. Die negativen Folgen der Bahnprivatisierung in Großbritannien müssen bei der Konzeption der Privatisierung auf dem Gebiet des schienengebundenen Nah- und Fernverkehrs in Deutschland Berücksichtigung finden und vermieden werden. Privatisierung ist gerade unter dem Gesichtspunkt der Versorgung in der Fläche Deutschlands und dem Aspekt der Energieeinsparung kein Allheilmittel. Die Versorgung mit Schienenverkehrsdienstleistungen und das damit verbundene Energiesparpotential werden wesentliche Aspekte staatlichen Handelns und staatlicher Aufsicht sein. Dabei ist auch zu gewährleisten, dass es nicht zu Qualitätseinbußen im Bahnverkehr kommt, die die Sicherheit gefährden und die Attraktivität mindern. Das derzeit diskutierte Modell, bei dem das Schienennetz weiterhin von der DB AG bewirtschaftet werden soll, lehnen wir ab.

Gerade Deutschland als Automobilproduktionsstandort hat die Verpflichtung und die Chance weltweit Initiator von Innovationen zu sein. Der deutsche Weltmarktanteil bei Forschung und Entwicklung sowie bei Patenten im Automobilbereich ist auch Verpflichtung, als Garant für individuelle Mobilität durch Einführung neuer Technologien und Entwicklungen die Führerschaft zu übernehmen. Der völlige Ersatz von Verbrennungsmotoren als Antriebsart wird schneller möglich sein, als dies den Menschen derzeit bewusst ist. Als Gastgeber der IAA sind die Organisationen der Automobilindustrie (VDA) bereits erkennbar auf dem richtigen Weg.

Die Einsparmöglichkeiten von Energie beim Gütertransport sind bisher völlig unbefriedigend genutzt. Knotenpunkte von Schienen, Straßen, Wasser- und Luftfahrtwegen bieten erhebliche Möglichkeiten zur Verbesserung der Systemeffizienz und müssen genutzt werden. Im öffentlichen Bewusstsein führt der Gütertransport auf dem Wasser ein Schattendasein. Die hier bestehenden Möglichkeiten nutzbar zu machen und in Nutzung zu bringen, muss Aufgabe staatlicher Lenkungsanreize gerade unter dem Aspekt der Energieeinsparung sein. Die welt-, europa- und deutschlandweite Logistikbranche muss auch überprüfen, ob Produktionswege durch die Wiedereinrichtung von Lagerhaltungskapazitäten am Produktionsort nicht unter Energie- und auch unter Kostengesichtspunkten sinnvoll zu modifizieren sind. Die Lagerhaltung auf der Straße – durch ausschließlichen LKW-Versorgungsverkehr – wird sich infolge der Energiekosten und der Notwendigkeit zur Energieeinsparung reduzieren. Der intelligente Ausbau sämtlicher Verkehrswege (Straße, Schiene und Wasser) trägt sowohl zur Verkehrsvermeidung als auch zur Energieeinsparung bei.

5.3.4 Industrieller und gewerblicher Energiebedarf

Für die Junge Union gehen Ökonomie und Ökologie Hand in Hand. Das bedeutet nach unserem Verständnis, dass eine ambitionierte Klimapolitik den wirtschaftlichen Erfolgskurs eines Landes nicht übermäßig beeinträchtigen darf. Diesbezüglich ist insbesondere an Industriezweige mit einem durch die Art der Produktion bedingten hohen Energiebedarf, wie etwa die Stahlindustrie, zu denken. Diese dürfen nicht für ihren per se hohen Energieverbrauch bestraft werden. Eine nationale Sonderbelastung durch überambitionierte Auflagen oder Abgaben über internationale Standards hinaus führt nur zu Wettbewerbsnachteilen gegenüber anderen Ländern. Ideologisch überzogene Maßnahmen, die zu Lasten einzelner Branchen bzw. des Wirtschaftswachstums gehen, lehnen wir daher strikt ab. Technische Prozesse, die notwendig zu einem nicht reduzierbaren CO₂-Ausstoß führen, wie beispielsweise die Stahlherstellung, sind vom Handel mit CO₂-Zertifikaten auszunehmen, um eine Schlechterstellung im internationalen Wettbewerb zu vermeiden. Stattdessen begrüßen wir eine Politik, die den technischen Fortschritt fördert und mit steuerlichen Anreizsystemen die Umrüstung auf energiesparende Techniken unterstützt. Bei der Adressierung der Emissionsproblematik ist darüber hinaus auch aus Wettbewerbsgründen eine Internationalisierung des Zertifikatehandels anzustreben.

Unternehmen, die sich auf umwelt- und klimafreundliche Energieerzeugung oder Produktionstechniken spezialisiert haben, sind nicht nur Dienstleister beim Erreichen klimapolitischer Ziele, sondern eröffnen und bedienen gleichzeitig durch das erhöhte internationale Umweltbewusstsein einen großen Wachstumsmarkt. Für eine weiterhin positive Entwicklung dieser Branche müssen die deutschen Unternehmen ihren führenden Status bei innovativen umwelt- und klimafreundlichen Technologien durch einen Technologievorsprung verteidigen. Zu diesem Zweck ist eine bessere Verzahnung der Wirtschaft mit den universitären Forschungszentren wünschenswert. Eine verstärkte finanzielle Forschungsförderung führt zu einer früheren Marktreife von Produkten und damit zu besseren Wettbewerbschancen für deutsche Unternehmen.

5.3.5 Landwirtschaft

Ein häufig vernachlässigter Aspekt der Klimadebatte ist die konventionelle und ökologische Landwirtschaft: Ihr Ausstoß von Treibhausgasen macht weltweit mehr als ein Fünftel der Emissionen aus. Während der Ackerbau in Deutschland zu einer positiven Bilanz in Bezug auf klimaschädliche Gase kommt, gilt es den zum Teil klimaschädlichen Ackerbau in den Entwicklungs- und Schwellenländern weiter zu entwickeln. Es ist daher angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung notwendig, die Methoden der Tierzucht und des Nutzpflanzenanbaus in Bezug auf ihre Treibhauswirksamkeit zu optimieren. Dabei wird die grüne Gentechnik einen entscheidenden Beitrag leisten. Durch die Ertragssteigerung von Trockenreissorten könnten sich beispielsweise Teile des Nassreisanbaus ersetzen lassen, der hohe Methanemissionen nach sich zieht.

Zugleich bietet die Landwirtschaft die Möglichkeit, durch Ausweitung des Energiepflanzenbaus den Verbrauch fossiler Energieträger zu senken. Hier gilt es auch in Deutschland, Nutzungskonzepte für bisher brachliegende Flächen zu entwickeln und für den verstärkten Anbau von Hochenergiepflanzen wie Chinagrass zu verwenden. Weltweit besteht allerdings bereits heute die Konkurrenz zwischen den landwirtschaftlichen Arealen zur Nahrungsmittelerzeugung und den Biomasseflächen: Das Beispiel steigender Getreidepreise in Mexiko, wo die Maispreise wegen der Nachfrage aus den USA nach Biosprit stark gestiegen sind, zeigt, dass staatlich verordnete Vorgaben zum Umwelt- und Klimaschutz oft Fehlentwicklungen verursachen, unter denen wiederum die Menschen in Schwellen- und Entwicklungsländern zu leiden haben. Auch in Deutschland sind derartige Tendenzen bei den Getreideerzeugnissen deutlich zu beobachten. Notwendig ist daher eine umfassende Biomassepolitik, bei der die globalen Flächenressourcen mit den konkurrierenden Ansprüchen abgeglichen werden. Dazu brauchen wir neue Nachhaltigkeitsstandards für den Anbau von Energiepflanzen, die für die Herstellung von Biokraftstoffen verwendet werden, um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Energieerzeugung auf der einen Seite sowie der Lebensmittelproduktion, der Erhaltung der biologischen Vielfalt und dem Schutz von Gebieten mit großen Kohlenstoffeinlagerungen sicherzustellen.

Wie bei anderen Energieträgern auch, müssen die technischen und ökologischen Vor- und Nachteile der Biomasse beachtet werden. So ist etwa der Einsatz von Holzpellet-Heizungen nur sinnvoll, wenn die bestehenden Abgasvorschriften für Heizungsanlagen eingehalten werden. Auch muss sichergestellt werden, dass zur Gewinnung von Biomasse nicht Raubbau am tropischen Regenwald betrieben oder durch Brandrodungen Platz für die Anlage neuer Palmölplantagen geschaffen wird. Sinnvoll ist hingegen die Optimierung der Energiepflanzenzüchtung sowie ihres Anbaus auch durch die Grüne Gentechnik. Trotz dieser Grenzen hat die energetische Biomassenutzung nach Auffassung der Jungen Union großes Potenzial, vor allem für den Verkehrssektor oder den Wärmemarkt Energie kostengünstig zur Verfügung zu stellen. Die Chancen und Möglichkeiten des satellitengestützten Einsatzes landwirtschaftlichen Großgeräts müssen genutzt werden. Anreize und Fördermöglichkeiten sind vorzusehen. Dies ist nicht nur unter dem Aspekt des Energieverbrauchs, sondern auch unter dem des Einsatzes von Betriebs- und Düngemitteln sinnvoll und förderungswürdig. Durch die Einbindung der heimischen Land- und Forstwirtschaft in die Energiewirtschaft gelingt es zudem, einen Großteil der Wertschöpfung in diesem Bereich der heimischen Wirtschaft zukommen zu lassen und speziell im ländlichen Raum neue Einkommensperspektiven zu schaffen.

6. Klimawandel bedeutet auch Anpassung

Neben den Bemühungen den Klimawandel zu verlangsamen oder gar zu stoppen, dürfen wir aber nicht die Augen vor den Folgen der Klimaveränderungen, seien sie vom Menschen gemacht oder natürlich bedingt, verschließen. Der Mensch hat sich schon immer gegenüber seiner Natur angepasst, wie nicht nur die darwinistische Evolutionstheorie besagt.

Wir müssen uns daher auch den neuen klimatischen Bedingungen anpassen und ihre Folgen in unserem Handeln berücksichtigen. Überschwemmungen oder Sturmereignisse wie „Kyrill“ werden unser Land in Zukunft in immer kürzeren Zeitabständen heimsuchen und nicht unerhebliche Schäden verursachen. Dies gilt es in zukünftigen Entscheidungen, sei es bei der Planung von Infrastruktur oder der Vergabe von Forschungsaufträgen im medizinischen Bereich, zu berücksichtigen.

Die Deiche an Nord- und Ostseeküste müssen dabei genauso den neuen Bedingungen angepasst werden wie der Hochwasserschutz an Bächen und Flüssen im ganzen Land. Der Mensch wird Rekordhochwasser wie an Elbe und Oder nicht verhindern können, aber ist durch präventive Maßnahmen, wie ausreichende Überflutungsflächen oder Entsiegelung, in der Lage, die Schäden zu reduzieren. Eine Pflichtversicherung von Gebäuden gegen Elementarschäden, wie sie im Bundesland Baden-Württemberg besteht, kann zudem die persönlichen Folgen für die betroffenen Bürger abmildern und ihnen Sicherheit bieten. Auch muss sich die Infrastruktur entsprechend anpassen. Abbrechende Strommasten im Münsterland und tagelang ausfallende Züge der Deutschen Bahn zeigen, dass Handlungsbedarf besteht.

Neben extremen Regenfällen ist auch mit Dürreperioden und entsprechenden Folgen für Land- und Forstwirtschaft zu rechnen. Hier bedarf es Maßnahmen, die Existenzen von Land- und Forstwirten zu sichern, falls erhebliche Ernteauffälle durch Dürre oder Unwetter verursacht werden. Gleichzeitig ist aber auch die Land- und Forstwirtschaft aufgefordert, sich der Natur anzupassen, indem sie Anbauprodukte wählen, die den ggf. geänderten Rahmenbedingungen entsprechen.

Ferner sind Zentren zur technischen Hilfeleistung vorzuhalten bzw. aufzubauen. Die jüngsten Waldbrände in Griechenland haben gezeigt, wie wichtig gut ausgebildete und ausgestattete Feuerwehren und Rettungskräfte im Falle von Naturkatastrophen sind. Daher spricht sich die Junge Union Deutschlands auch für eine Stärkung des Ehrenamtes (z. B. Freiwillige Feuerwehren, THW, Rettungsdienste etc.), sowie ausreichende Finanzmittel zur Sicherstellung des kommunalen Brandschutzes, aus.

Neben Auswirkungen auf Fauna und Flora haben klimatische Veränderungen natürlich auch Auswirkungen auf den menschlichen Organismus. Häufige Wetterwechsel, extreme Hitze und Kälte belasten Herz- und Kreislauf des Menschen erheblich. Daher ist in Zukunft verstärkte Forschung im Bereich von Herz-Kreislauf-Erkrankungen zu betreiben. Gleiches gilt für die Er-

forschung der Veränderungen von Tier- und Pflanzenwelt. Als Beispiel ist hier z. B. die Ausbreitung der Frühsommerenzephalitis (FSME) durch eine zu hohe Zeckenpopulation zu nennen.

7. Perspektiven in der Klimapolitik

Eine effiziente, ressourcenschonende sowie ökologisch und ökonomisch sinnvolle Klimapolitik ist möglich. Grundlage dafür ist die konsequente Erforschung und rationale Anwendung der Klima- und Energietechnik. Ideologie ist dabei fehl am Platz. Daher fordert die Junge Union die Intensivierung der Forschung zu einer CO₂-vermeidenden Energiegewinnung. Der Schwerpunkt muss dabei bei wirklicher Nachhaltigkeit liegen, d. h. beim dauerhaften und subventionsfreien Einsatz von Technologien, die Sicherheit, Effizienz, landschaftsplanerische Aspekte, Wirtschaftlichkeit und Umweltfreundlichkeit miteinander verbinden.

Die Junge Union Deutschlands bekennt sich ausdrücklich zur vorrangigen Förderung der erneuerbaren Energien sowie der Kernfusionsenergie. Diesen Energien gehört die Zukunft. Sie sind der Schlüssel für eine nachhaltige Klimapolitik und einen ökologischen Energiemix im 21. Jahrhundert.

Bei der weiteren Entwicklung regenerativer Energieträger ist vor allem der Aspekt der Grundlastfähigkeit, wie sie etwa bei der Erdwärme- oder auch der Biomassenutzung gegeben ist, ein entscheidendes Erfolgskriterium. Neben der dezentralen, „kleinen“ erneuerbaren Energie, die sich im wesentlichen auf die Energiegewinnung unmittelbar an der Verbrauchsstelle vor Ort konzentriert, müssen auch größere Ansätze verfolgt werden, wie das bereits erwähnte TREC-Projekt zur Solarthermienutzung in der Sahara. Ähnliche Vorhaben lassen sich auch für die ostasiatischen und nordamerikanischen Regionen entwickeln. Die unter dem Gesichtspunkt der Klimaprävention langfristig notwendige Energierevolution, also der Umbau des gesamten Energiesystems auf CO₂-arme und nachhaltige Energieerzeugung, ist auf solche Großprojekte angewiesen.

Deutschland war lange Zeit weltweit führend in der Kernkrafttechnologie und -sicherheit. Für die nächsten Jahrzehnte wird die Kernenergie global eine wichtige Rolle spielen und eine der wesentlichen Möglichkeiten bleiben, Energieerzeugung und die Herausforderungen der Klimapolitik miteinander zu vereinbaren. Die Junge Union Deutschlands fordert daher einen ideologiefreien Umgang mit der Zukunft der Kernkraft. Dazu gehören auch eine engagierte Beteiligung Deutschlands an der weiteren Erforschung und Entwicklung der Nutzung der Kernkraft zur Energiegewinnung sowie ein zügiger Austausch älterer Kernkraftwerke durch Neubauten. Deutschland muss sich insbesondere auch an der Erforschung und der Entwicklung der Generation-4-Reaktoren beteiligen, deren Konzept inhärenter Sicherheit gegenüber den bestehenden Kernkraftwerken einen qualitativen Sprung bedeutet. Eine nationale Verweigerungshaltung bei der Kernkraft führt nicht zu mehr Sicherheit, sondern schließt politischen und technischen Einfluss auf internationaler Ebene, zumal in Schwellenländern, aus und

verhindert die Entwicklung einer exportstarken Wachstumsindustrie schon im Keim. Eine langfristig viel versprechende Technik ist die Kernfusion, die auf Basis des fast unbegrenzt vorhandenen „schweren Wassers“ und ohne langanhaltend radioaktiv kontaminierte Reste saubere Energie erzeugt. Die Kernfusionsenergie könnte je nach internationalem Ressourceneinsatz in 20 bis 50 Jahren der Menschheit eine sichere, wirtschaftliche, grundlastfähige, umwelt- und klimaverträgliche sowie in historischen Dimensionen unerschöpfliche Energiequelle bieten. Die Entwicklung dieser Technologie muss daher weiter Priorität haben und zu einem Kernbestandteil deutscher Energieforschung werden.

Hoffnungsvolle Ansätze bei der Erforschung der Wasserstofftechnologie, der Brennstoffzelle, der künstlichen Fotosynthese oder von Techniken zur CO₂-Aufspaltung sind in Zukunft verstärkt zu unterstützen. Neben dem Staat ist auch die Wirtschaft in der Verantwortung, Lehrstühle und Sonderforschungsbereiche an Hochschulen im Energiesektor zu fördern und zu stiften. Das bisherige Engagement der Energiewirtschaft in der Forschung ist bei weitem nicht ausreichend.

Deutschland hat in der Umwelttechnik und Energieeffizienz einen klaren Standortvorteil: Nirgends gibt es so viele innovative Mittelständler, die mit Patenten und Erfindungen Beiträge zum Umweltschutz und zur Energieeinsparung auf technologischem Spitzenniveau liefern. Bei wissenschaftlicher Forschung und Entwicklung muss Deutschland seine weltweit führende Position in der Umwelttechnologie sowie der Energie- und Klimaforschung weiter ausbauen. Dabei kommt besonders dem Bereich der Klimafolgenanalyse eine wachsende Bedeutung zu. Der Forschungsetat darf daher nicht angetastet, sondern muss in den kommenden Jahren erhöht werden. Wichtig für den Standort Deutschland sind zudem die intensive Beteiligung an der Erforschung neuer Kraftwerksgenerationen sowie die Aufrechterhaltung internationaler Sicherheitsstandards nach deutschem Vorbild.

Der globale Klimawandel ist eine große Herausforderung, der es mit Mut und Entschlossenheit zu begegnen gilt. Ignoranz einerseits und Hysterie andererseits sind bei der Suche nach nachhaltigen Lösungen nicht sinnvoll. Klimapolitik muss ein weltweites Erfolgsprojekt werden. Dafür werden wir uns im Interesse kommender Generationen einsetzen.